

Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

(Antrag Nr. 2654/2022)

Eingereicht am 13.10.2022 um 17:30 Uhr.

gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Personal-, Organisations- und Digitalisierungsausschuss, Verwaltungsausschuss

Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Jobticket für städtische Beschäftigte

Antrag

zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend Verhandlungen mit dem Großraumverkehr Hannover (GVH) über die Gestaltung des künftigen Jobtickets für städtische Beschäftigte aufzunehmen. Ziel soll mindestens das Jobticket 50 sein.

Ziel ist es, ein sehr gutes Angebot für die städtischen Beschäftigten zu schaffen und dadurch die Attraktivität der LHH als Arbeitgeberin zu steigern sowie einen Beitrag zur Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs und zum Klimaschutz zu leisten.

Begründung

Der GVH hat vor kurzen eine Pressemeldung veröffentlicht, wonach es ein neues Angebot für das Jobticket bzw. Firmen-Abo ab dem 01.01.2023 geben soll.

Die Verwaltung soll deshalb umgehend mit dem GVH über die künftige Ausgestaltung des Jobtickets für städtische Beschäftigte verhandeln. Die positiven Effekte eines solchen Angebots im Bereich von Personalgewinnung und -bindung, Stärkung des ÖPNV und des Klimaschutzes liegen auf der Hand.

Hannover / 14.10.2022